

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 36 (1946)
Heft: 31

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Auslandschweizer

-an- Die Teilung der 1. Augustfeier-Sammlung unter die kranken, gebrechlichen Rückwanderer und das Auslandschweizerwerk hat uns daran erinnert, dass ausser den vier Millionen Schweizer im Lande noch 400 000 im Auslande leben. Auf je 10 Leute daheim kommt einer draussen. Es gibt wenig Völker, die skandinavischen oder dann die schwer heimgesuchten Balkanvölker oder die Irländer etwa, die einen grösseren Prozentsatz ihrer Angehörigen in der Fremde haben. Selbst die Kolonien besitzenden Nationen machen keine Ausnahme. Man hat von jeher in der Auswanderung ein Anzeichen dafür gesehen, dass zu Hause das Brot karg sei, oder die Luft — die politische oder geistige — stickig. Und weitaus die grösste Zahl der Kolonisten in Amerika, Australien und Afrika waren ursprünglich Gejagte, Ausgestossene. In den alten Ueberlieferungen ist die Fremde immer das Land der Verbannung und der Flucht vor dem üblen Geschick.

Nun, die schweizerische Auswanderung hat keine politischen Ursachen, wohl aber teilweise wirtschaftliche. Unsere Gebirgstäler haben sich entvölkert, wir wissen das, und wissen auch, dass etwa das Oberhasli oder die Tessinertäler unverhältnismässig grosse Kontingente unserer jährlichen Auswanderertrupps stellten. Wir hatten also unsern Anteil am «Flüchtlingskorps» — diesem alten Uebel der «menschenhegenden Erde» — Auch wir schickten «Flüchtlinge, die der Not entrinnen wollten». Indessen stellen sie den kleineren Teil der Ausgewanderten dar. Viel wichtiger sind jene, die auszogen in der Gewissheit, dank der bewährten schweizerischen Arbeitstradition auf fremder Erde weiter zu kommen als zu Hause — und es weiter zu bringen als irgendwelche Leute aus andern Weltgegenden. Landwirtschaft, Handel, Industrie, Technik — gute Schulung in beruflichen Dingen und gute Beziehungen nach allen Weltgegenden — die Möglichkeiten, die sich vor dem ersten Weltkriege zeigten, und die vor dem zweiten wiederzukommen schienen, nahmen immer noch zu. Es war nicht mehr die «Flucht aus dem alten Europa», es war nun die freie Bewegung der Tüchtigen in allen Gegenden der Welt, die einsetzte.

Dass es aber auch neue und weniger erfreuliche Gründe zur massenhaften Auswanderung geben kann, bewies die «kriegsstarke Division» schweizerischer Arbeiter, die nach Hitlerdeutschland pilgerte, um in der Rüstungskonjunktur besser als in der von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Heimat zu verdienen. Damals erwies sich, dass es etwas gebe, was stärker als alles andere den Schweizer an seine Heimat binde: Das Bewusstsein, es werde zu Hause für die Daheimgebliebenen so gut wie sonst nirgends in der Welt gesorgt, und Heimkehrer, die draussen kein Glück gehabt, würden von einer Mutter Helvetia betreut. Wir sollten so wenig Auswanderer als nur möglich haben, die aus Unzufriedenheit mit unsern heimischen — wirtschaftlichen oder politischen — Zuständen die Heimat verlassen. Die vorbildliche soziale Politik — in der Industrie wie in allen andern Wirtschaftszweigen — wird auch für die Zukunft der beste, den Schweizer an die Schweiz bindende Magnet sein.

Friedensparagrafen und Katastrophenherde

Es ist angesichts der nun eröffneten Friedenskonferenz in Paris nicht vom Uebel, den Blick von den Diskussionen über paragrafenmässig niedergelegte Friedensbedingungen und Ordnungen in die Wirklichkeit des Völkerlebens zu richten und sich ein Bild zu machen von den ewigen Ursachen der Kräfte, welchen man nicht mit Paragrafen beikommen kann.

Da gab es in Jerusalem eine Katastrophe, welche von den einen als furchtbares Verbrechen, von den andern als Symptom der grössten Verzweiflung angesehen wird: Jüdische Terroristen von der Organisation «Zwai Leumi» sprengten einen ganzen Flügel des feudalen «König David-Hotels» in die Luft. Mit den Vermissten zusammen dürften über hundert Tote zu beklagen sein, darunter eine ganze Anzahl britischer Regierungsfunktionäre. Ein *britisches Weissbuch* beweist, dass zwischen dem «Sternbund» und «Zwai Leumi» auf der einen, der «Haganah», einer armee-mässigen Selbsthilfeorganisation der Palästina-Juden und der «Jewish Agency» auf der andern Seite Beziehungen bestünden. Nicht die Terroristenorganisationen also, sondern die offiziellen jüdischen Zirkel wären also die Angeklagten. Wobei man sich von vornherein die Dinge richtig vorstellen muss. Es geht stets so zu, dass in Zeiten grössten Druckes die Radikalisierung auch die Ordnungsorgane anfrisst. Telegramme der «Jewish Agency» an bestimmte Adressen, die zu den Terrorbanden führen, sind möglich, sobald sich Leute finden, die unter der Flagge dieser Regierungsstelle (es handelt sich ja um die jüdische Privatregierung in Palästina) operieren können. Die Macht der Geheimbünde ist bereits so gross geworden, dass ihre Vertreter getarnt in den Räumen der Regierung sitzen und nicht entlarvt werden dürften.

Warum ist so etwas möglich geworden? Wer es nicht verstehen zu können glaubt, der führe sich die Lage der armen Juden — nicht der wenigen hunderttausend reichen Juden — vor Augen. Die halbe Million, die in Deutschland lebte, ist völlig ausgeplündert worden, und was nicht flüchten konnte, wanderte in die Gasöfen. Die fünf Millionen im einstigen Königreich Polen sind bis auf eine Million ermordet, der Rest in furchterlicher Armut zu Desperados geworden. Die Hälfte der österreichischen, tschechischen, slowakischen, ungarischen und rumänischen Juden sind umgebracht, die andere Hälfte ausgeplündert. Alle besetzten Gebiete haben gelitten, masslos, aber unvorstellbar sind die Leiden des jüdischen Elements gewesen, in Frankreich und Holland ebenso wie im Osten. In dieser Hölle wurde der zionistische Gedanke von einer Kraft befeuert, die er vordem nicht besessen. Ein eigenes Land besitzen, im eigenen Lande Herr der eigenen Geschicke sein, nicht mehr als Minderheit den periodischen Hassausbrüchen barbarischer Massen oder teuflischer Massnahmen verbrecherischer Regierungen ausgeliefert sein! Heimkehren ins angestammte jüdische Land! Das ist der glühende, erst jetzt allmächtig gewordene Wunsch der Juden in den hauptsächlich heimgesuchten Ländern. Besonders aber der Wunsch der polnischen Juden. Es ist ein ehemaliger polnischer Korporal jüdischer Abstammung, *Mena-him Begin*, der die Geheimarmee der «Zwai Leumi» kommandiert. Und es sind Elemente der völlig proletariserten polnischen Judenschaft, die den Hauptteil dieser Armee stellen, abgesehen von den andern, die durch die furchtbare Geschichte der letzten zehn Jahre in ihre Reihen getrieben werden.

Die denkfaule öffentliche Meinung in der alten und neuen Welt reagiert nun natürlich zunächst so, dass sie das Attentat von Jerusalem verurteilt, ohne die Ursachen solchen Fanatismus in Betracht zu ziehen vermag. Und es ist selbstverständlich, dass ein Anschwollen des Antisemitismus selbst in Ländern, die ihn bisher kaum gekannt, die Folge der unseligen Tat sein wird. Vor allem aber gewinnt bei den Arabern, und zuerst bei jenen Palästinas, der Nationalismus die Oberhand. Längst haben sie den Engländern und Amerikanern vorgeworfen, sie könnten den jüdischen Auswanderern aus Polen mit Leichtigkeit Auf-

nahme in ihren Gebieten gewähren, wenn sie nur wollten. An den Konferenzen, welche die Engländer einberufen haben, werden sie diese Anklagen wiederholen. Und die Engländer werden es noch schwerer haben, den Juden entgegenzukommen als bisher.

Inzwischen schleusen die Zionisten immer neue Leute aus dem pogrombedrohten Polen — die polnischen Todesurteile gegen die Pogromisten in Kiew haben nicht viel genützt — nach Westdeutschland. In der amerikanischen Zone sind 100 000 solcher Flüchtlinge in Lagern beisammen und warten auf die Ueberfahrt ins Heilige Land. Eine weitere Viertelmillion wird erwartet. Man fragt sich, warum der Million palästinensischer Araber nicht Siedlungsland verschafft wird, soweit sie bereit sind, den Juden Platz zu machen und ein doppelt vorteilhaftes Geschäft einzugehen: Teurer Landverkauf, billiger Kauf besseren Bodens, als sie ihn in Kanaan bebauen. Denn dass die Juden ihr legendäres Vaterland nie mehr aufgeben werden, und dass sie sich gleich den Irländern durchsetzen werden, steht wohl fest.

Die südamerikanische Revolutions- chronik,

die mit der *Revolution in Bolivien* ein neues Blatt erhalten hat, deutet auf ein anderes Problem hin, das mit keinerlei ausgeklügelten Verträgen über eine künftige Sicherung der Weltordnung gelöst werden kann. Noch wissen wir nicht, welche tiefen Ursachen die neuesten Wirren eigentlich haben. Es gibt eine Version, die behauptet, ein «fascistisches Regime» sei gestürzt worden. Der erschossene und nachher an einem Laternenpfahl aufgehängte Machthaber Villarruel sei eine Art Mussolini oder Franco gewesen. Sicherlich sind die Studenten, die revoltiert haben, «liberal» oder «kommunistisch», und die Gewerkschaften, die an der Bildung der neuen Regierung teilnehmen, sind es ebenso. Die Frage lautet aber, wer eigentlich hinter den Interessen einer bolivianischen Faschistenregierung stehe. Sicher der argentinische Diktator Peron. Die zahlreichen Silber- und Zinnminen des Andenlandes aber hätten ohne amerikanisches Kapital nie eröffnet und betrieben werden können. Jede «Linksrevolte» in einem der Andenstaaten richtet sich (wenn sie mehr als ein Instrument in den Händen einer Konkurrenzgruppe sein sollte!) gegen die Fremdherrschaft des USA-Kapitals. Oder aber des konkurrierenden britischen — und vor dem Kriege auch des deutschen! Diesmal aber ist denkbar, dass USA-Einflüsse gegen Peron arbeiteten.

USA versuche, mit den «Yankee-Dollars» ganz Südamerika unter seine Botmäßigkeit zu bringen, lautet einer der in Russland popularisierten Anklagepunkte gegen Washington. Es würde einen gar nicht verwundern, wenn gelegentlich ein Gegenputsch die neue Regierung in La Paz über den Haufen werfen und die alte Machthaberschicht wieder ans Ruder bringen sollte. Ebenso wenig dürfte man staunen, wenn die Fahndungspolizei von New York und Ottawa oder Quebec, die ja den russischen Agenten auf der Spur und so ziemlich alle Fäden der im letzten Winter aktuellen kanadischen Spionageaffäre blossgelegt hat, auch Spuren fände, die nach La Paz führen. Vielleicht via Peron?

Denn Südamerika hat die Tendenz, sich in zweifacher Weise zu emanzipieren: national und sozial. Der in allen sozialen Farben schillernde argentinische Diktator Peron versucht momentan, die angelaufenen Guthaben gegenüber England — eine Folge des Krieges — irgendwie auszumünzen und ein Tauschgeschäft gegen die Guthaben britischer Kapitalbesitzer in Argentinien zu machen. Das hiesse: Nationale Emanzipation. Die soziale Emanzipation entpuppt sich vielleicht als eine miserable Operette, aber als Programm Perons besteht sie jedenfalls. Argentinien war bisher nur der auffälligste Herd einer solchen Doppelbewegung. Sein Diktator ist in sehr lebhaften Kontakt mit Moskau getreten. Die neue bolivianische Regierung fasst vermutlich ungern Kontakt mit Washington!

Und nun die Konferenz in Paris!

Die stellvertretenden Aussenminister haben sich bis dicht vor den Beginn der Versammlung nicht darüber einigen können, ob man der Weltöffentlichkeit die in USA längst ausgeplauderten «Friedensbedingungen» für die einzelnen Staaten — Deutschland ausgenommen, und natürlich auch Japan — bekannt geben wolle. 1500 Journalisten warteten bereits auf diese Texte. Nur 300 sollen im Konferenzsaal des Palais Luxembourg auf den Zeitungstribünen Platz finden. Die Delegationen rückten eine nach der andern an. Die Russen unter Molotow, unter Beziehung der «Sowjetministerpräsidenten» der drei baltischen Staaten, die von USA und England immer noch als «unabhängig» anerkannt sind. Gleich zu Beginn des gewaltigen «Jahrmarktes um den Frieden» hat also Russland den Westmächten eine Frage gebeitzt, auf deren Erörterung man längst gewartet hatte. Nunmehr wird sie entschieden werden müssen. Drohen die Russen mit dem Aeussersten, falls sich London und Washington nicht einfach so erpressen lassen? Nicht einfach die Exilregierungen der drei Staaten fallen und damit verfehlen lassen wollen? Stalin hätte keinen peinlicheren Moment für diese Diskussion wählen können als eben die Konferenzöffnung. Man muss ihm lassen, dass er derlei versteht! Es ist übrigens die Frage, ob er nicht bei dieser Gelegenheit daran erinnern wird, welche Rolle die Frage der Anerkennung der russischen Rechte auf Estland, Lettland und Litauen im Sommer 1939 spielte. Damals waren die Russen bereit, mit England und Frankreich eine förmliche Allianz zur Sicherung des «unteilbaren Friedens» abzuschliessen, falls die Westmächte die Zugehörigkeit der drei Länder zur russischen Machtzone anerkannten. Erst als sie diese Anerkennung verweigerten, schwenkte Moskau zu Hitler und schloss den Ribbentrop-Pakt, der Deutschland den Weg gegen Polen freigab. Werden heute vielleicht die Russen behaupten, Hitler hätte damals ohne Krieg in die Krise seines Regimes getrieben werden können, hätten nur die Engländer und Franzosen Russlands alte Ansprüche anerkannt und damit zurückgenommen, was sie in München gegen Russland angezettelt?

Die unter so spannenden Aspekten aufgerollte baltische Frage wird aber gewissermassen nur ein Teil des gesamten Komplexes sein, der durch die Friedensverträge mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland geregelt werden soll. Die Stellung dieser Staaten zwischen Westen und Osten, ihr Verhältnis zu Russland und den kleinern Siegerstaaten, Jugoslawien und Tschechoslowakei, und die in Zukunft noch möglichen Beziehungen nach dem Westen hin. Wer soll die Hegemonie in all diesen Gebieten besetzen? Wird dem Westen eine wenn auch noch so schmale Tür offen bleiben?

Die gesamte Materie dieser Verträge ist eben nicht nur «national» bedingt, hat nicht in erster Linie «Grenzen» als Gegenstand, sondern viel mehr wirtschaftliche Belange. Das bedeutet aber: Soziale Probleme. Die Russen haben mehr als ein Jahr lang Beute abgeführt, haben mit Hilfe der autoritären «Balkandemokratien» ausgemerzt, was an gegnerischen Elementen auszumerzen war, ohne gerade mit Tseheka und Deportationen zu arbeiten, versucht auf Grund neuer ökonomischer Machtverteilung neue Volksschichten «massgebend» zu machen, verfügt in Ungarn die Säuberung der Kleinlandwirtpartei von Rechtselementen, in Bulgarien der Armee von unzuverlässigen Offizieren, lässt in Belgrad vom Regime Tito die Quislingregierung Neditsch in gekoppeltem Gerichtsverfahren mit dem Prozess Mihailowitsch hinrichten, so weit die Leute zu erwischen waren, bindet in Polen die Bauernpartei zurück — und nun sollen die Friedensverträge das Geschehene «unter neue Ordnung» stellen.